

Athens, 28 September 2015

MUSLIMISCHE UND CHRISTLICHE RELIGIONSFÜHRER KOMMEN ZUSAMMEN, UM CHRISTEN IM NAHEN OSTEN ZU UNTERSTÜTZEN

Führende Religionsvertreter werden Projekte auf Tagung in Athen vorschlagen, um die Bürgerrechte und die friedliche Koexistenz zwischen Christen, weiteren religiösen und ethnischen Gruppen und Muslimen zu unterstützen.

Religionsführer aus christlichen und muslimischen Gemeinschaften im Nahen Osten werden im September in Athen zusammenkommen, um Pläne zur besseren Unterstützung der Bürgerrechte von Christen und anderen religiösen und ethnischen Gruppen im Irak und in Syrien zu diskutieren.

Die Tagung, die vom 2. bis zum 3. September stattfindet, ist eine gemeinsame Initiative des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel und des in Wien niedergelassenen International Dialogue Centre (KAICIID) und wird vom griechischen Außenministerium unterstützt.

Das Treffen bringt christliche und muslimische religiöse Oberhäupter aus dem gesamten Nahen Osten zusammen, unter anderem Vertreter der armenischen, katholischen, evangelischen Gemeinden, der Rum-Orthodoxen Kirche (griechisch-orthodox), der syrisch-orthodoxen, sunnitischen, schiitischen und der drusischen Gemeinschaften.

Seine Eminenz Metropolit Emmanuel, der Mitglied des Direktoriums von KAICIID ist, erklärte, dass die Zusammenkunft den christlichen und muslimischen religiösen Führern die Möglichkeit gebe, ihre gemeinsame Arbeit zu intensivieren, um die kritische Situation der Christen und anderer Minderheitsgruppen im Irak und in Syrien anzugehen, wo Gewalt und politische Unruhen die seit langer Zeit ansässigen Gemeinschaften gefährden.

„Christliche Gemeinschaften sind integrale Bestandteile der von Vielfalt geprägten Gesellschaften im Nahen Osten. Es ist für religiöse Führer aller Glaubensrichtungen und Konfessionen von größter Wichtigkeit, mit einer Stimme zu sprechen und auf die gegenwärtige Krise zu reagieren, um die bedrohten Gemeinschaften zu schützen. Christliche Gemeinschaften leben seit über 2000 Jahren in dieser Region und tragen zu allen Aspekten der Gesellschaften im Nahen Osten bei. Ihr Verlust wäre eine Katastrophe für das friedliche Zusammenleben und die Region insgesamt“, sagte er.

Die Tagung wird die Rolle der religiösen Führer als engagierte Friedensstifter stärken, anstatt eher passive Beobachter der religiösen Koexistenz und des Konflikts zu sein. Die Religionsführer werden eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation vornehmen, Erfordernisse ausarbeiten, die besten Vorgehensweisen miteinander austauschen und konkrete anschließende Maßnahmen entwickeln, die auf regionaler Ebene umgesetzt werden können.

Die Pläne beinhalten auch den Aufbau einer Arbeitsgruppe von hochrangigen Religionsvertretern, um die politisch Verantwortlichen in der Region in die Pflicht zu nehmen, damit für die Sicherheit und die Bedürfnisse der christlichen und anderen religiösen Minderheiten und ethnischen Gruppen in der Region gesorgt wird.

Bei der Zusammenkunft werden auch Konzepte zur Förderung der interreligiösen Bildungsarbeit erörtert, um Toleranz zu unterstützen, Pluralismus zu pflegen und Vielfalt zu erhalten. Auf der lokalen Ebene wird man gemeinsame Gemeinde-Entwicklungsprojekte diskutieren, die unterschiedlichen Gemeinschaften bei der Kooperation und der Vertrauensbildung helfen.

Vereint gegen Gewalt im Namen der Religion

Die Tagung ist Teil des „Dialogs zwischen Christen und Muslimen“, der vom Ökumenischen Patriarchat in Partnerschaft mit relevanten islamischen Organisationen ins Leben gerufen wurde und der als Methode dient, um den interreligiösen Dialog zu nutzen, damit Frieden und Versöhnung erleichtert wird.

Die Zusammenkunft wird auch im Rahmen der Initiative von KAICIID „Vereint gegen Gewalt im Namen der Religion“ (United against Violence in the Name of Religion/UVNR) einberufen, die auf eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen religiösen Institutionen und Regierungen abzielt, um Extremismus zu bekämpfen - insbesondere in Syrien und im Irak.

Die Initiative UVNR wurde auf einer Konferenz in Wien im November 2014 gestartet, bei der Führer der muslimischen, christlichen und anderer religiöser und ethnischer Gemeinschaften aus dem Irak, Syrien und dem Naher Osten im weiteren Sinne gemeinsam die Wiener Erklärung beschlossen haben, die Gewalt im Namen der Religion verurteilt.

Seitdem ist die Initiative kontinuierlich weiter gewachsen. Gegenwärtig setzt KAICIID die Vorgaben aus der Initiative um, gemeinsam mit Partnern wie der UNESCO, dem UN-Büro für die Verhinderung von Völkermord und der ISESCO sowie mit Nichtregierungsorganisationen.

Metropolit Emmanuel erklärte, dass Konflikte im Nahen Osten zu oft mit sektiererischen Abspaltungen zusammenhängen würden oder sich ausschließlich als solche darstellen würden, wobei die verschiedenen Gruppierungen behaupten, im Namen der Religion zu handeln. „Keine terroristische Organisation steht stellvertretend für Religionen und Religion darf auch nicht mit Terrorismus in Zusammenhang gebracht werden. Jeder Angriff im Namen der Religion ist ein Angriff gegen alle Religionen“, erläuterte er.

Er fügte hinzu, dass die kommende Veranstaltung die Mission des Ökumenischen Patriarchats und von KAICIID unterstreicht, Foren bereitzustellen, mit deren Hilfe die religiösen Führer ihre wichtige Aufgabe im Krisenmanagement und bei der Konfliktlösung übernehmen können.